

Fasern an ihre Sendung glauben. So gesehen haben kleine Gruppen, die für andere dasein wollen und dies konkret vorleben, in unserer weithin recht egoistischen Zeit überragende Bedeutung. Aber wie beim Fußball ist auch in

jedem anderen Bereich das Gesetz der Wechselwirkung zu beachten: Ohne breite Basis wird keine Spitze zustande kommen, die Außerordentliches zu vollbringen vermag.

Fritz Csoklich

Vorgänge

England: Bischöfe antworten auf den Pastorkongreß

Den „National Pastoral Congress“ der katholischen Kirche in England und Wales, der nach zweijähriger Vorbereitung vom 3. bis 6. Mai in Liverpool stattfand (vgl. HK, Juni 1980, 275 ff.), kann man zweifellos mit den nachkonziliaren Synoden in Mitteleuropa in eine Reihe stellen: Es ging ihm schließlich um eine *umfassende Bestandsaufnahme der ortskirchlichen Situation* auf dem Hintergrund der vom Zweiten Vatikanum initiierten oder freigesetzten Entwicklungen. Der Kongreß in Liverpool wurde vor allem zu einem Forum für das Engagement der Laien, die im Bewußtsein ihrer Mitverantwortung deutliche Forderungen an Bischöfe und Priester richteten. Die wichtigsten Anliegen des Kongresses waren neben dem Wunsch nach stärkerer Mitverantwortung das Bemühen um eine Verlebendigung des Gemeindelebens, die Intensivierung der ökumenischen Zusammenarbeit, eine Neuorientierung der kirchlichen Lehre über Ehe und Familie sowie der Einsatz der Kirche für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sowohl im eigenen Land wie gegenüber der Dritten Welt. Dazu wurden *zahlreiche Empfehlungen* formuliert, von denen vor allem diejenigen besondere Beachtung fanden, die sich für Änderungen geltender kirchlicher Normierungen aussprachen: Von der eucharistischen Gastfreundschaft über die Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zu den Sakramenten und die kirchliche Sexualmoral

bis zur Weihe verheirateter Männer blieb kaum ein heißes Eisen ausgespart, auch wenn alle Forderungen eher moderat und ohne polemische Schärfe formuliert wurden.

Der Kongreß verabschiedete kein Schlußdokument; als Ergebnis blieben die Berichte der sieben „Sektoren“ sowie der zahlreichen Arbeitsgruppen mit ihren jeweiligen Empfehlungen. Den ersten, entscheidenden Schritt in dem vom Pastorkongreß als Initialzündung angestoßenen Prozeß mußten die englischen Bischöfe tun, deren Stellungnahme man nicht zuletzt im Blick auf die genannten Empfehlungen gespannt erwarten konnte. Die 43 Bischöfe von England und Wales befaßten sich im Juli mit den Kongreßergebnissen und legten am 19. August eine Stellungnahme vor, die in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert ist.

Beachtung verdienen schon Länge und literarisches Genus des Textes: Die Bischöfe geben ihre Antwort auf den Kongreß mit einer 70 Seiten starken, 200 Paragraphen umfassenden „Botschaft im Licht des NPC“ mit dem Titel „The Easter People“. Das umfangreiche Dokument versucht, die Erfahrungen und Ergebnisse des NPC in einer *theologisch-pastoralen Gesamtschau* zu integrieren, ohne dabei an den konkreten Anliegen und Empfehlungen harmonisierend vorbeizugehen. Der Bogen spannt sich von einer einleitenden ekklesiologischen Grundlegung über den zweiten Teil, der unter der Überschrift „Die Kirche

in und für die Welt“ in lockerer Systematisierung die in den sieben Sektoren des Kongresses angesprochenen Themenfelder behandelt, bis zu den Schlußabschnitten, in denen das Dokument eindringlich an die englischen Katholiken appelliert, ihrer Berufung als das „österliche Gottesvolk“ zu entsprechen. Die Bezeichnung des Dokuments als „Botschaft“ verweist auf seinen spirituell-verkündigenden Grundton, der neben die nüchterne Problemanalyse tritt.

Schon der erste Teil, dessen Kirchenbild von den Leitbegriffen Volk Gottes und Familie bestimmt wird, setzt einige interessante Akzente: Zwar halten die Bischöfe unmißverständlich an der spezifischen Verantwortung des Amtes in der Kirche fest, das Schwergewicht liegt aber – darin dem Grundanliegen des NPC entsprechend – auf der in der Taufe begründeten „*fundamentalen Gleichheit und der gemeinsamen Berufung*“ aller Christen und auf der daraus folgenden Mitverantwortung der Laien. Die Bischöfe stellen eine „gründliche Überprüfung unserer Strukturen in den Pfarreien, Dekanaten und Diözesen“ in Aussicht. Die Notwendigkeit der Autorität in der Kirche wird verteidigt, aber mit dem Hinweis verbunden, es handle sich dabei um eine hörende und lernbereite Autorität. Vom Lehramt wird im engen Zusammenhang mit dem *sensus fidelium* gehandelt. Das Dogma von der Unfehlbarkeit wird nicht isoliert herausgestellt oder gar demonstrativ überhöht, sondern eher realistisch eingeordnet. Die letzte unfehlbare Definition sei 1950 erfolgt: „Seither geht das Leben der Kirche

und des Glaubens weiter.“ Für die *Liturgie* gibt das Dokument als Zielvorstellung die „größtmögliche aktive Beteiligung von Männern und Frauen bei der Vorbereitung und der Feier der Liturgie“ an. Die Forderung des Kongresses, die Liturgie möge besonders auf die Bedürfnisse einzelner Gruppen in den Pfarren eingehen, wird unterstützt. Die Bischöfe versprechen, den Wunsch des NPC nach einer Überprüfung der Bedingungen für die Generalabsolution dem Heiligen Stuhl zu übermitteln. Sie hätten in Rom schon ihre Überzeugung mitgeteilt, daß der „gelegentliche Gebrauch des Bußritus mit Generalabsolution einem wirklichen pastoralen Bedürfnis entgegenkommt“. In Sachen *Ökumene* findet sich – bei aller Betonung noch bestehender Hindernisse auf dem Weg zur Einheit – die bemerkenswerte Formulierung, daß „wir (die christlichen Kirchen) eine Versöhnung in der Liebe erreicht haben“. Die konfessionsverschiedene Ehe wird auch in ihrer positiven „ökumenischen Bedeutung“ gesehen. Im Bezug auf den vom Kongreß geforderten Beitritt der katholischen Kirche zum „British Council of Churches“ – ein solcher Beitritt wurde vor einigen Jahren von den Bischöfen abgelehnt – wird eine Überprüfung des Standpunkts in Aussicht gestellt. Der Bitte, mehr Möglichkeiten für eucharistische Gastfreundschaft zu schaffen, bringen die Bischöfe zwar Verständnis entgegen, sie sehen aber keine Möglichkeit, von dem Grundsatz abzuweichen, daß Eucharistie als Zeichen voller Einheit kein Mittel zur Erreichung solcher Einheit sein könne.

Auf dem Kongreß war die vorsichtige Empfehlung verabschiedet worden: „Wir meinen, daß die Kirche sehr sorgfältig in Erwägung ziehen sollte, ob es nicht Gottes Wille sein könnte, auch verheiratete Männer zum Priestertum zu berufen.“ Die Antwort der Bischöfe: Sie hätten sich unlängst dafür entschieden, gegenwärtig in dieser Sache keine Petition an den Heiligen Stuhl zu richten. Im Blick auf die Empfehlung des NPC, die Frage des Priestertums der Frau weiter zu diskutieren, erklären die Bischöfe: „Wir möchten nicht durch unsere Zustim-

mung dazu, die Sache noch einmal vor den Heiligen Stuhl zu bringen, unrealistische Erwartungen wecken“ und verweisen auf die diesbezügliche Erklärung der Glaubenskongregation von 1976.

Angesichts der Forderungen des Kongresses nach einer „erneuerten positiven Theologie der Ehe“ und einer „fundamentalen Überprüfung der Lehre über Ehe, Sexualität und Empfängnisverhütung“ (von *Humanae vitae* war nicht explizit die Rede) versuchen die Bischöfe sich mit sehr behutsamen Formulierungen dahingehend zu helfen, daß eine Vertiefung und weitere Entfaltung der Lehre der Kirche über die Ehe möglich und wünschenswert sei, allerdings als „organische Entwicklung“ und in Treue zum Lehramt. *Humanae vitae* wird als „authentische Lehre der Kirche“ erwähnt; die Enzyklika müsse auf dem Hintergrund der Aussagen des Konzils über die eheliche Liebe gelesen werden. Hinsichtlich einer Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zu den Sakramenten verspricht das Dokument, die Bischöfe würden bei ihren weiteren Überlegungen die Anliegen des Kongresses einbeziehen.

Zwei Sektoren des Kongresses waren den Themen „Christliches Zeugnis“ und „Gerechtigkeit“ gewidmet. Das Dokument der Bischöfe geht zwar nicht auf die zahlreichen konkreten Einzelempfehlungen in diesen Bereichen ein, macht sich aber die Stoßrichtung der Kongreßberichte voll zu eigen, sowohl was die Wahrnehmung sozialer und politischer Verantwortung im eigenen Land wie die Herausforderung durch die Not der Dritten Welt anbelangt. Im Detail fallen die Urteile über die einzelnen Empfehlungen allerdings differenziert aus: Während die Bischöfe z.B. der Aufforderung nach einer klaren Verurteilung der Politik der „National Front“ nachkommen, können sie sich nicht mit dem Vorschlag befreunden, zur Lösung des Nordirland-Problems in absehbarer Zeit eine Konferenz der Kirchenführer abzuhalten, sondern plädieren eher für weniger spektakuläre Schritte.

„Unsere Aufgabe ist die der geistlichen Unterscheidung“, heißt es in Nr. 49

von „The Easter People“ über die Aufgabe der Bischöfe im Blick auf die Ergebnisse des NPC. Die englischen Bischöfe haben sich mit ihrem Dokument diese Aufgabe nicht leichtgemacht, dabei aber einen *letztlich überzeugenden Weg* eingeschlagen. „The Easter People“ nimmt die Herausforderung des Pastorkongresses in durchaus differenzierter Weise auf. Die Bischöfe, die den Kongreß einmal sogar als „eine Art Sakrament unserer englischen Kirche“ bezeichnen, bejahen sämtliche Grundanliegen, wie sie in den Berichten und Empfehlungen von Liverpool zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig entwerfen sie für ihre Ortskirche eine anspruchsvolle Zukunftsperspektive und machen dadurch eine spirituell-theologische Vorgabe für die Weiterarbeit mit den einzelnen Vorschlägen des Kongresses zur Intensivierung des kirchlichen Lebens nach innen und des Zeugnisses der Kirche nach außen. Ihrer *spezifischen Verantwortung* versuchen sie dadurch gerecht zu werden, daß sie einerseits auf Defizite bei den NPC-Ergebnissen aufmerksam machen, so z.B. hinsichtlich mangelnder Grundsatzreflexion über Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaftsordnung, oder fehlender Anstrengungen im Blick auf die missionarische Kraft der Kirche. Andererseits können sich auch die Antwortversuche auf die kritischen Anfragen des NPC durchaus sehen lassen: Die Bischöfe bekräftigen zwar die kirchlichen Normierungen, lassen aber gleichzeitig Verständnis für die Forderungen der Delegierten deutlich werden. Immerhin stehen sie bei ihren Gläubigen mit dem Versprechen im Wort, die Anliegen des NPC in Rom vorzubringen.

Ihre Bewährungsprobe muß die bischöfliche Botschaft im weiteren Dialog innerhalb der englischen Kirche erst noch bestehen; zwei Aspekte verdienen aber jetzt schon über England hinaus Beachtung: Einmal setzt das Dokument mit seiner Betonung der gemeinsamen Verantwortung in der Kirche und der Offenheit für die Suche nach neuen Lösungen für das innere und äußere Engagement der Kirche Akzente, die für das Klima in anderen

Ortskirchen Europas nicht mehr bestimmend sind. Zum anderen kann die Art und Weise, wie die englischen Bischöfe in der spezifischen Situation ihrer Kirche den Dialog mit dem ganzen

Volk Gottes und seinen Anliegen aufnehmen, auch in anders gelagerten Situationen zur Beachtung und Nachahmung empfohlen werden.

U. R.

Sowjetunion: Wird die religiöse Renaissance zerschlagen?

Mit der Verurteilung des orthodoxen Priesters *Gleb Jakunin* durch ein Moskauer Stadtgericht ist wiederum ein Prozeß ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden, der vor etwa einem Jahr seinen Anfang nahm, aber zumindest in den Medien der Bundesrepublik kaum beachtet wurde: die heftigste Verfolgung von Christen in der Sowjetunion seit Chruschtschow. Es geht dabei um nicht weniger als die Zerschlagung der religiösen Renaissance, die vor etwa 15 Jahren begann und sich in wachsendem Tempo ausbreitet.

Nach Abschluß der Belgrader KSZE-Folgekonferenz, in der bekanntlich die Sowjetunion durchsetzen konnte, daß ihr in der Schlußresolution keine Rüge in Sachen Menschenrechtsverletzungen erteilt wurde, begann man im Lande selbst unverzüglich mit den Verhaftungen von Bürgerrechtlern, vor allem just von jenen, die sich in den sogenannten Helsinkigruppen zusammengeschlossen hatten, um in der Sowjetunion die *Verletzungen der KSZE-Schlußakte* zu dokumentieren. Es gab damals zwar heftige Proteste im gesamten Westen (anders als bei den Verhaftungen von Christen), die die Machthaber im Kreml jedoch nicht davon abschreckten, drakonische Strafen über die Angeklagten zu verhängen. Immerhin wurden auch einige Bürgerrechtler im Laufe der folgenden Monate in den Westen entlassen.

Nachdem die wichtigsten Gruppen der Bürgerrechtler zunächst einmal zerschlagen waren, begann man sich religiöse Gemeinschaften vorzunehmen, die sich am Rande der orthodoxen Kirche in Rußland und der katholischen Kirche in Litauen gebildet hatten. Dabei wurde zuerst gegen das *Orthodoxe Jugendseminar* vorgegangen, das keinerlei Kritik am System

zum Ziele hat, sondern ausschließlich die religiöse Fortbildung. Erst in zweiter Linie gelangte das *Christliche Komitee zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen*, gegründet und bis zu seiner Verhaftung am 1. November 1979 von Gleb Jakunin geleitet, in die Schußlinie. Als am 15. Januar dieses Jahres Pfarrer *Dmitrij Dudko* ebenfalls in das Moskauer Lefortowo-Gefängnis eingeliefert wurde, war die Stoßrichtung klar: unterdrückt werden sollte nicht eine Widerstandsbeziehung gegen den Staat, sondern die religiöse Wiedergeburt in der Sowjetunion, deren bedeutendster Träger der weithin bekannte Priester war. Dudko hatte in seiner Pfarrei von Grebnowo, einem Ort unweit von Moskau, wohin er wegen seines großen Einflusses auf die Jugend und die Intelligenz aus der Hauptstadt versetzt worden war, Tausende zum Glauben geführt; die meisten von ihnen stammten aus dem typischen sowjetisch-atheistischen Milieu, gehörten dem kommunistischen Jugendverband Komsomol an oder waren bereits in höheren sozialen Stellungen. Längst ging es den Machthabern nicht mehr um die Kreuze am Hals moderner sowjetischer Jugendlicher, sondern um die zahlreicher werdenden Taufen. Im Juli 1979 wurden an einem einzigen Sonntag in der Alexander-Newski-Kathedrale in Leningrad über hundert Kinder getauft, und die dortigen Geistlichen versicherten, daß das an jedem Sonntag in allen 14 Kirchen von Leningrad so sei. Da geht es um die kirchlichen Trauungen von Komsomolzen, die überhandnehmen, und um den Andrang zu den Priesterseminaren. (In Leningrad muß jeder dritte Bewerber wegen Platzmangels abgewiesen werden. Die meisten haben ein Studium hinter sich und fanden vom Atheismus zum Glauben.)

Diese aus unserer Sicht völlig *unpolitische Entwicklung* stellt aber für den Sowjetstaat ein Politikum erster Ordnung dar. Seine Ideologie basiert auf dem Marxismus-Leninismus, ohne den auch das ideologische Fundament der Wirtschaft und Gesellschaft ins Wanken geriete und der seinerseits ohne materialistisch-atheistische Grundlage in sich zusammenfielen. Ein immer weiter um sich greifender öffentlicher Abfall von diesem staatlich befohlenen (wenn auch innerlich kaum noch bejahten) Glaubensbekenntnis wird als bedrohliche Erscheinung im Sinne einer „Konterrevolution“ angesehen.

Daher wurden die meisten Verhafteten aus den Reihen der orthodoxen Christen auch nach Artikel 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR (russische Teilrepublik), d.h. wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“, angeklagt – ebenso wie die meisten Bürgerrechtler. Die Höchststrafe hierfür beträgt sieben Jahre Arbeitslager und fünf Jahre Verbannung. Sie wurde im Falle von Jakunin auf fünf Jahre verschärften Lagers und fünf Jahre Verbannung reduziert. Unmittelbar nach ihm stand sein Freund, der Physiker *Lew Regelson*, vor Gericht. Bei Redaktionsschluß stand das Urteil gegen ihn noch nicht fest. Regelson hatte zusammen mit Jakunin den denkwürdigen Brief an die Fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1975 in Nairobi verfaßt, in dem die Autoren baten, die Weltöffentlichkeit über die bedrängte Lage der russisch-orthodoxen Kirche aufzuklären, wobei sie dem Schreiben einen ausführlichen Bericht über diese Lage beifügten. Der Brief hatte seinerzeit weltweites Aufsehen erregt und war ein Hauptverhandlungspunkt im Prozeß gegen Jakunin. Aber auch der Sekretär des Christlichen Komitees, *Viktor Kapitantschuk*, wird demnächst vor Gericht gestellt werden, so daß die Hauptpersonen, die sich für die Rechte der Gläubigen engagiert hatten, zunächst einmal für etwa zehn Jahre ausgeschaltet sein dürften. Damit ist aber die Arbeit des Komitees nicht beendet worden. Es wuchsen bisher mehr Köpfe nach als abgeschlagen wurden. Die Leitung des Komitees